

Rede
08.03.2007 – Martina Bunge

Bundestag – rauchfrei – sofort!

Martina Bunge in der Debatte "Rauchverbot im Deutschen Bundestag umsetzen"

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Diese Debatte hätte heute Morgen stattfinden sollen.

(Dr. Martina Krogmann [CDU/CSU]: Da war doch die Frauendebatte!)

Denn heute Morgen hätte die Chance auf eine höhere Anwesenheit bestanden.

(Ute Kumpf [SPD]: Da waren aber wir Frauen dran!)

Dieses Thema geht schließlich uns alle an.

(Dr. Martina Krogmann [CDU/CSU]: Und die Frauenrechte?)

– Der Morgen ist lang. Wir hätten den Vormittag auch für diese Debatte nutzen können.

(Frank Spieth [DIE LINKE]: Jetzt sitzen nur noch die Guten hier!)

Ich denke, das Thema Rauchfreiheit im Bundestag widerspiegelt exemplarisch das Verhältnis von Anspruch und Wirklichkeit in der Politik. Deutschland ist in Sachen Schutz vor dem Passivrauchen ein Entwicklungsland. Seit Jahren setzt die deutsche Politik auf Freiwilligkeit. Wenn man auf Appelle und Vereinbarungen setzt und dabei glaubwürdig sein will, dann sollte man eigentlich mit gutem Beispiel vorangehen. Das Ergebnis einer aktuellen Umfrage, an der sich zugestandenermaßen vor allen Dingen Politikinteressierte beteiligt haben, zeigt: 92 Prozent fänden es nicht in Ordnung, wenn im Bundestag weiterhin geraucht werden dürfte, obwohl schon ein Gesetzentwurf vorliegt, der in den öffentlichen Einrichtungen des Bundes ein Rauchverbot vorsieht. Ich denke, dieses Faktum ist ein Beweis dafür, dass wir der Politikerverdrossenheit Vorschub leisten. Dem müssen wir entgegenwirken. Es ist höchste Zeit, dass die europäische Normalität in Deutschland einzieht, vor allem im Deutschen Bundestag.

Die Schädigungen, die Rauch hervorruft, sind uns allen hinlänglich bekannt. Wir wissen, dass es keine auch noch so kleine Menge Tabakrauch gibt, die ungefährlich ist. Deshalb darf es im Bundestag eigentlich nur einen konsequenten Schutz vor den 4 800 giftigen und 70 krebserregenden, fruchtschädigenden und erbgutverändernden Substanzen geben. Nicht nur wegen des heutigen Internationalen Frauentages sind wir gegenüber den vielen im Bundestag tätigen Frauen in der Pflicht, für saubere Arbeitsbedingungen zu sorgen. Ich habe den Eindruck, dass beim Schutz vor Rauch viel debattiert wird, aber wenig passiert. Deshalb, liebe Kollegin Bender, bin ich nicht ganz so optimistisch. Ich behalte mir eine gesunde Skepsis vor. Die Medien sind zwar voll von diesem Thema. Aber nicht ein Buchstabe ist bislang verabschiedet, geschweige denn umgesetzt.

(Birgitt Bender [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Das ist wahr! Wir müssen sie jagen!)

Einige Meldungen von heute zeigen das Hoffen und Bangen; es ist fast ein Trauerspiel. Am Morgen wird gemeldet, dass acht Bundesländer den hochgelobten Kompromiss der Gesundheitsminister ablehnen. Am Abend dementieren wieder einige. Heute Mittag kam nun die Information, dass der Ältestenrat empfiehlt, den Gesetzentwurf der Bundesregierung eins zu eins umzusetzen, bevor das Gesetz in Kraft tritt. Ich frage mich, wann endlich etwas Konkretes geschieht; denn es wird sofort darüber fabuliert, dass die Abgeordnetenbüros von der Regelung betreffend die Rauchfreiheit im Bundestag ausgenommen werden sollen.

Sagen wir es allen weiter: Die Arbeitsstättenverordnung gilt überall. Wir sind gefordert, und zwar sofort. Wir haben einen entscheidenden Part bei der Änderung des Mainstreams zu spielen. Nicht plakative Bekundungen helfen, Lebensstile zu verändern. Vielmehr muss die Botschaft mental, im Unterbewusstsein verankert werden: Rauchen ist überall out.

(Detlef Parr [FDP]: Aber nicht gesetzlich, sondern durch Aufklärung!)

Wir sind dabei, wenn wir nach diesem Grundsatz im Bundestag die Ausgestaltung konsequent vornehmen. Ausnahmen müssen zwar möglich sein, müssen aber konkret sein. Ich habe kein Verständnis für diejenigen, die der Meinung sind, das dürfe nichts kosten; denn mit geringem Investitionsaufwand können wir Millionen, wenn nicht sogar Milliarden im Gesundheitssystem einsparen. Deshalb kann das kein Argument sein.

Ich danke.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)